

# zusammen info

Ausgabe Oktober 2012

| www.zusammen-ev.de |

## „Wir wollen bleiben!“

Sanierung der Siedlung „Im Földchen“ wirft viele Fragen auf

### Märchenstunde bei der Wohnheim GmbH

Es war einmal eine Siedlung, deren Bewohner so lange auf Besserung warten mussten, bis sie nun endlich saniert werden sollte. Ein neues Leben in warmen Wohnungen mit modernen Bädern begann. So oder so ähnlich könnte die Märchenstunde beginnen, die von der Wohnheim GmbH am 5. September veranstaltet wurde und über die Sanierungspläne der Siedlung „Im Földchen“ informieren sollte.

### Ausweichende Ideen

Der Geschäftsführer der ABG Frankfurt Holding, Dr. Westphal, gestand zu Beginn ein, dass es sich nicht um belastbare Informationen handele, die er mitgebracht habe, sondern nur um „Ideen“. Er begann gleich mit dem ersten Märchen: „Wer zurück will, kann zurück, niemand wird vertrieben.“ Mit dieser Aussage sollten die Bewohner der Siedlung „Im Földchen“ beruhigt werden. Die Sanierungs-„Ideen“, die nun folgten, sollten den Bewohnern eindrücklich klar machen, dass zum einen die Häuser auseinander genommen werden und zum anderen danach in dieser Form nicht mehr existieren würden. Da hatte der Geschäftsführer auch flugs ein paar „Ausweich-Ideen“. Unter anderem die Altenwohnanlage in der Alexanderstraße in Rödelheim. Dort wurden übrigens gerade die Alten rausgedrängt und nun wird teuer saniert. Ob das wirklich für die Bewohner des Földchens gedacht ist? Es steht noch nicht einmal fest, ob es wieder eine Altenwohnanlage werden soll.



### Wer kann zurückkommen?

Grund zur Beunruhigung besteht also tatsächlich. Nach einer nun beabsichtigten Sanierung der Siedlung dürften die Quadratmeterpreise auf ein Vielfaches ansteigen – die sehr gute Lage der Siedlung ist Gold wert. Klar ist aber, dass viele der 1-Zimmer-Wohnungen zu Familienwohnungen oder Zweiraumwohnungen zusammengelegt werden sollen und von den neuen Wohnungen nur noch ein Teil zum Miettarif des sozialen Wohnungsbaus, also 5,50 € pro Quadratmeter ange-

### Ein Mieter der Siedlung „Im Földchen“ berichtet

Endlich ist es soweit. Unsere Wohnungen im „Földchen“ werden grundsaniert. Von der „Wohnheim“, einem Unternehmen der ABG Frankfurt Holding wurde uns mitgeteilt, dass die „Überholten Beheizungsarten“, sowie die Energieeffizienz der Gebäude verbesserungswürdig seien. Dies können wir bestätigen. Im Winter braucht man warme Schuhe, dicke Pullover und Woldecken, um ihn zu überstehen. Die Wohnheim GmbH verweist auf die schöne und ruhige Lage im Földchen, was ja auch stimmt, und mehrheitlich wohnen wir gerne hier. Gegen Renovierung bzw. Sanierung haben wir nichts einzuwenden.

Von der „Wohnheim“ werden uns während der „umfangreichen Baumaßnahmen“ Ausweichwohnungen angeboten.

Alles ist also geregelt und wir könnten uns eigentlich auf unsere schönen, renovierten Wohnungen freuen. Wenn da nicht dieses Unbehagen, diese Angst und Verunsicherung wäre, die wir intensiver empfinden als Freude auf das Neue. Abgesehen von der nahe liegenden Frage, was „Ausweichwohnung“ bedeutet, beschäftigt uns die bange Frage, ob wir jemals wieder ins Földchen zurückkehren können. Bereits im letzten Jahr wurden wir darüber informiert, dass ab dem 01.01.2011 die Preisbindung entfällt und es somit keine Sozialwohnungen mehr sind. In Zukunft kann man die Wohnungen zu den ortsüblichen Preisen vermieten. Für unser saniertes Földchen würde es wahrscheinlich einen Quadratmeter-Preis von 11,- € geben. Dann müssten wir draußen bleiben.

boten werden wird. Wie groß dieser Teil sein wird, beantwortete Herr Westphal elegant mit Schweigen. Wer nun 1 und 1 zusammenzählt, kann sich ausrechnen, dass in gar keinem Fall alle jetzigen Bewohner wieder zurück können, sondern aller Voraussicht nach nur ein Bruchteil. Da es sich ohnehin nur um „Ideen“ handelt und nicht um konkrete Pläne und Grundrisse, ist auch denkbar, dass gar keine Wohnungen mehr Sozialwohnungen sein werden. Beim Projekt „Riedbergpark“, das die ABG als „Wohnen für Alle“ preist, wird keine einzige Sozialwohnung für 5,50 € pro Quadratmeter gebaut. Der Mietpreisbindung auf maximal 5,50 € pro Quadratmeter unterliegen nur Wohnungen, die mit öffentlichen Krediten bezahlt wurden. Die ABG Frankfurt Holding hat genug Geld, um das große Areal rund um den Universitäts-Campus Bockenheim kaufen zu können. Es dürfte also locker reichen für einen Umbau des „Füldchen“ ohne Kredite. Damit wäre auch das weitere Märchen des Dr. Westphal von der „sozialen Wohnheim GmbH, die keine Gewinne anstrebt“ entzaubert. Zu den Gewinnziffern der ABG siehe den Info-Kasten.

### Was passiert mit den Häusern 10 bis 28?

Eine Aussage, die am Rande fiel, lässt ebenfalls staunen. Als Mieter der Häuser 10-28 nachfragten, was denn mit ihren Wohnungen passieren sollte, schließlich seien diese auch marode, sagte der Geschäftsführer einer der größten Wohnungsbaugesellschaften Frankfurts, das sei völlig unklar. Für

die Häuser 2-8 existieren also nur „Ideen“ und was mit dem Rest passiert, weiß niemand. Das ist für eine Holding, die teure Energieprojekte ausführt, ganze Stadtteile umkrepelt (City West) und über reichliche Erfahrungen bei Planung und Bau verfügt, mehr als merkwürdig. Nach der „Informationsveranstaltung“ ist aber davon auszugehen, dass viele Mieter auch der Häuser 10-28 bei der Wohnheim nachfragen werden, ob es nicht ein Angebot für sie gäbe. Wer weiß, wie viele Mieter in ein bis zwei Jahren noch in der Siedlung wohnen. Kalkuliert die Wohnheim etwa damit?

### Die Rechte der Mieter

Die Mieter der Siedlung „Im Füldchen“ sollten eines wissen. Im Gegensatz zu den wenig belastbaren „Ideen“ der Geschäftsführung der Wohnheim GmbH haben sie einen gültigen Mietvertrag, der nicht einfach so gekündigt werden kann. Bevor man irgendetwas unterschreibt, was diesen Mietvertrag aufhebt, sollten sich die Mieter an die Mietervereinigung wenden, die gerade gegründet wird. Dort gibt es Informationen über die Rechte als Mieter und Überlegungen, wie man gemeinsam auf die „Ideen“ der Wohnheim reagiert und auch, welche Ideen die Mieter selbst für ihre Siedlung haben.

## Die Wohnheim GmbH und die ABG Frankfurt Holding

Die Wohnheim GmbH wurde 1951 auf Initiative der Stadt Frankfurt und des Landes Hessen als gemeinnützige Gesellschaft für Wohnheime und Arbeiterwohnungen gegründet. Seit 1992 gehört sie zum Konzern „ABG Frankfurt Holding“ und hat als eine der Hauptaufgaben die „sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung breiter Bevölkerungsschichten“. Sie verfügt über knapp 15.000 Wohnungen.

Die ABG Frankfurt Holding ist eine städtische Firma, unter deren Dach mehrere Wohnungsbaugesellschaften zusammengefasst sind. Die Abkürzung ABG steht für „Aktienbaugesellschaft für kleine Wohnungen“. Sie wurde 1890 gegründet, um soziale Wohnungen zu bauen, deren Miete gering war. Heute verfügt die Holding, die seit 1922 der Stadt Frankfurt gehört, über rund 50.000 Wohnungen, in denen ein Viertel der Frankfurter Bevölkerung lebt. Der Wert des Bestandes der ABG beträgt 1,4 Mrd. €. Die ABG machte 2011 einen Bilanzgewinn von über 65 Millionen € und schüttete einen Gewinn von 4,1 Millionen Euro an die Gesellschafter, also die Stadt Frankfurt, aus. Der ABG ist es damit möglich, große Rücklagen zu bilden. Das



Der neue Stadtteil Riedberg - keine einzige Sozialwohnung

wäre prinzipiell eine gute Sache, wenn sie für den Bau von Sozialwohnungen verwendet würden. Das ist aber nicht der Fall.

Fast 100% der Anteile der ABG gehören der Stadt Frankfurt. Im Aufsichtsrat sitzt sowohl der Oberbürgermeister, als auch Vertreter des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung. Die Stadt hat die Möglichkeit, die ABG per Weisung zu zwingen, wieder ihrem Geschäftszweck ge-

recht zu werden und preiswerten Wohnraum zu schaffen. Das ist über einen Beschluss des Stadtparlaments möglich.

Das Stadtparlament hat der ABG bereits zweimal Auflagen erteilt: Zum einen dürfe sie „nur“ 15%ige Mieterhöhungen vornehmen (die ABG wollte 20%), zum anderen dürfe kein Mahagoni

beim Bau verwendet werden. Abgesehen vom „Mahagoni-Beschluss“ ist die andere Weisung frappant, denn 15% Mieterhöhung sind nicht wenig und die größte städtische Wohnungsbaugesellschaft wird damit selbst zum Mietpreis treibenden Element. Das Stadtparlament und die Stadtregierung nutzen ihre Möglichkeiten nicht, um die Situation auf dem Wohnungsmarkt zu entschärfen, sondern tragen zur Wohnungsnot bei.

# Perspektivlos in Frankfurt am Main

Ein junger Mann, 27 Jahre alt, erzählt über seine wenigen Möglichkeiten.

Nach der Schule wusste ich erst einmal noch nicht, was ich beruflich machen wollte. Ich habe mich deshalb an das Arbeitsamt gewendet. Das Amt hat mich fünf Jahre lang in Maßnahmen beschäftigt, die letztendlich für Nichts gut waren. Ich habe keine Zertifikate, keinen Abschluss, gar nichts habe ich jetzt in der Hand.

Wie man sich vorstellen kann, machen sich diese fünf Jahre nicht besonders gut in meinem Lebenslauf. Dadurch habe ich jetzt schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Zurzeit bin ich erwerbslos. Zeitarbeit möchte ich nicht machen, denn für ungelernte Arbeiter gibt es meistens nicht einmal 10 Euro Netto die Stunde. Damit kann ich, sogar wenn ich Vollzeit arbeite, nicht ohne Hartz IV leben.

Gelegentlich arbeite ich hier und da. Es ist meistens körperlich harte Arbeit. Letztens, da kam ich mir so vor, wie in einem Steinbruch. Ich musste die ganze Zeit mit einer Schubkarre Steine transportieren, nachdem ich sie mit einem sieben Kilo

schweren Hammer zerkloppt hatte.

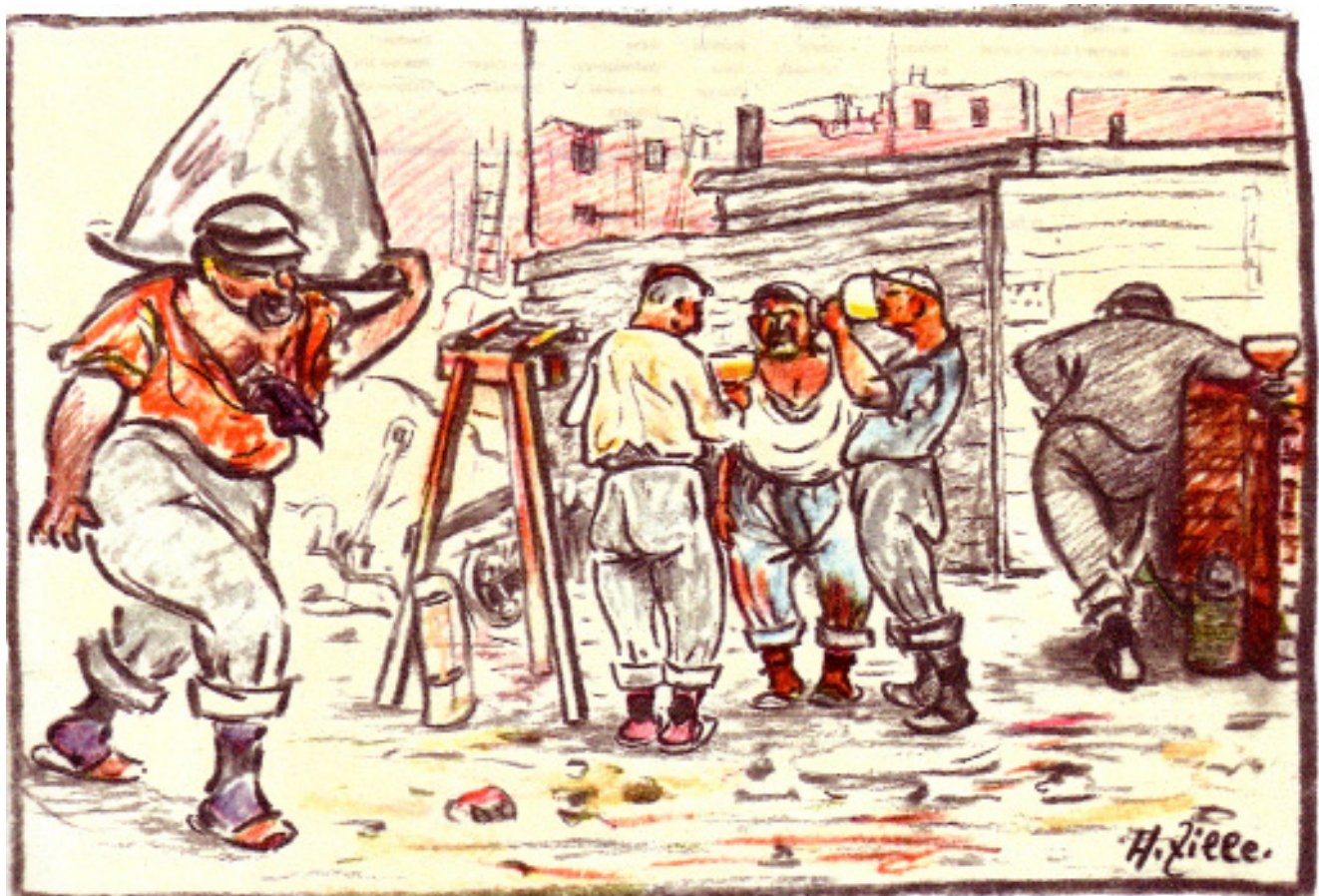
Ob ich mir wegen der Rente Sorgen mache? Ich weiß noch nicht einmal, ob ich fünfzig werde, geschweige denn siebenundsechzig. Was will ich dann noch mit einer Rente, bei der ich dann auf Hartz IV zugreifen muss?

Ich könnte zwar jetzt eine Leiharbeit annehmen, damit ich in der Gesellschaft nicht mehr als Looser angesehen werde. Aber so richtig zufrieden wäre ich dann mit meinem Leben auch nicht.

Ich wünschte mir manchmal, es würde so etwas wie Ausbildungszentren geben für Menschen wie mich, damit sie auf dem ersten Arbeitsmarkt Chancen haben.

Ich habe auch versucht beim Jobcenter einen Bildungsgutschein zu beantragen. Erstens bekommt man die sehr schwer, weil es angeblich nicht genug Mittel gibt. Zweitens sind die Ausbildungen nicht sehr hochwertig. Man hat dann auch nicht bessere Voraussetzungen, als vorher.

*„...da kam ich mir so vor,  
wie in einem Steinbruch“*



*„Bis nach'n Himmel schleppt man de Steene – aba wohn tun wa immer in 'nen Keller.“*

# Unser Leben ist in Gefahr

Ein Flüchtling berichtet über die rassistische Verfolgung in Griechenland

---

*Interview mit Bashirollah Safi, 24 Jahre alt. Herr Safi ist 2006 aus Afghanistan nach Pakistan geflüchtet. Sein älterer Bruder kam durch Kriegshandlungen zwischen den Taliban und US-amerikanischen Truppen ums Leben. So musste Herr Safi als nun ältester Sohn die Verantwortung für die gesamte Familie übernehmen, da der Vater schon seit längerem verstorben war. Im Mai 2006 verließ Herr Safi, im Alter von 18 Jahren mit seinem jüngeren, damals 9 Jahre alten Bruder Pakistan, um nach Europa zu gelangen. Die Flucht führte über Iran nach Griechenland.*



Auch viele Kinder und Jugendliche sind alleine und bedroht

## **Herr Safi, was geschah bei Ihrer Ankunft in Griechenland?**

Wir mussten eineinhalb Monate im Gefängnis verbringen. Danach legte uns die Polizei ein Papier vor, das ich nicht verstand. Sie wollten, dass ich das unterschreibe. Das habe ich dann auch getan. Ich hatte Angst etwas falsch zu machen. Die Polizei begleitete uns nach draußen und wies uns auf ein Auto, das uns mitnehmen würde. Mein Bruder und ich stiegen ein. Es stellte sich heraus, dass das Kidnapper waren, die aus uns Geld herauspressen wollten.

## **Wie lange waren Sie dann in den Händen der Kidnapper?**

Neun Tage. Wir wurden geschlagen und misshandelt. Ich habe bis heute die Brandwunden, die mir zugefügt wurden. Dann sind wir geflohen.

## **Wo sind Sie dann hin?**

Wir sind zur Polizei. Wir haben damals die Zusammenhänge noch nicht verstanden. Auch dort wurden wir sehr schlecht behandelt. Es war eine der schlimmsten Zeiten für uns. Es waren harte 12 Tage. Zum Glück wurden wir dann freigelassen. Seitdem waren wir in einem so genannten Camp mit 12 Leuten untergebracht.

## **Wie ist die Versorgungslage für euch in Griechenland?**

Es gibt eigentlich keine Versorgung. Wir haben nur Essen bekommen. Sonst gar nichts: kein Geld, keine Kleidung, keine richtige medizinische Versorgung. Von 2008 bis 2010 habe ich gearbeitet. Davon konnten wir leben. Aber dann habe ich die Arbeit verloren, weil die wirtschaftliche Lage immer schlechter wurde. Seitdem habe ich, trotz vieler Anstrengungen keine Arbeit mehr finden können.

## **Sie waren ja schon letztes Jahr bei uns im Verein, was war damals der Grund ihres Besuchs in Deutschland?**

Die Situation in Griechenland wurde immer schwieriger. Die Behörden hatten mir und meinem Bruder eine Asylanererkennung gegeben. Aber nur ich bekam einen Reisepass. Damit bin ich dann nach Deutschland, um herauszufinden, ob es eine Möglichkeit gibt, mit meinem Bruder hierher umzusiedeln und nach Arbeit zu suchen. Aber es stellte sich heraus, dass es – gerade wegen der Anerkennung – nicht möglich war. Also bin ich wieder zurück, um bei meinem Bruder zu sein. Ich war zig Mal bei den griechischen Behörden, um meinem Bruder einen Pass ausstellen zu lassen. Wir wurden aber immer aufs Neue abgewiesen, manchmal sogar mit Handgreiflichkeiten. Ich habe aber die Verantwortung für meinen Bruder und kann ihn dort nicht alleine lassen.

## **Sie sind vorgestern – also ein Jahr später – wieder hier in Deutschland eingereist. Was ist der Grund?**

In Griechenland ist unser Leben in Gefahr. In diesem letzten Jahr hat sich die Lage sehr verschärft. Wir Migranten, egal ob Iraner, Afghanen, Syrer, Türken oder Kurden, wir werden auf den Straßen angegriffen und gejagt. Schon vor einem Jahr war es nicht möglich als Mensch in Griechenland zu leben, aber mittlerweile ist unser Leben in Gefahr. Jeden Tag steigt die Gefahr für uns. Viele Migranten gehen nicht mehr auf die Straße, weil sie Angst vor Übergriffen haben.

## **Vor wem haben sie denn konkret Angst?**

Vor den Faschisten und vor der Polizei. Die arbeiten Hand in Hand. Und wenn wir angegriffen werden, hilft uns keiner, die Leute nicht und auch nicht die Polizei.

## **Gab es auch Angriffe auf Sie und Ihren Bruder?**

Ja. Eines Tages kam mein Bruder von der Schule und sein Arm war gebrochen. Er wurde auf der Straße von mehreren verfolgt und zu Boden geworfen. Dann wurde er geschlagen und sein Arm wurde ihm dabei gebrochen. An einem anderen Tag war ich mit Bekannten unterwegs. Wir wurden von 4-5 Motorradsfahrern angegriffen. Es saßen jeweils zwei Personen auf jedem Motorrad. Ich habe ein paar Schläge abbekommen und sah wie der eine Bekannte direkt mit dem Motorrad angefahren wurde. Ein Motorrad fuhr dann auf ihn drauf. Nach ein paar Stunden war er tot. Ich selbst bin geflüchtet und habe erst später von seinem Tod erfahren.

### **Wie bewältigen Sie den Alltag unter solchen Bedingungen?**

Es ist schwer. Als Ausländer wird man überall diskriminiert. Nicht einmal die Taxifahrer nehmen einen mit. Ich selbst war beim Arzt, weil ich nicht mehr schlafen konnte. Mir ging es richtig schlecht. Ich habe starke Tabletten verschrieben bekommen. Da es mir nicht gut ging, wollte ich mit einem Taxi nach Hause fahren. Aber der Fahrer winkte ab. Es nahm mich keiner mit. Ich habe in letzter Zeit sehr oft an Selbstmord gedacht. Bei uns zu Hause in Afghanistan ist alles zerstört. Auch in Griechenland und vielleicht in ganz Europa haben wir keine Zukunft. Da ich der Älteste in der Familie bin, muss ich mich um die Familie kümmern. Aber wie soll ich das bewerkstelligen? Ich habe das Gefühl, dass alle Türen vor mir geschlossen sind und dass ich keinen Ausweg finde. Mittlerweile kann ich ohne Medikamente nicht mehr leben. Ich habe, bevor ich zum Arzt ging, eine Woche lang nur zwei Stunden schlafen können. Können Sie sich das vorstellen? Ich habe alle Atteste bei mir.

### **Sie haben Recht: es ist schwer, sich das vorzustellen. Soweit ich weiß, sind die meisten Migranten in Griechenland junge alleinstehende Männer?**

Ja, das stimmt. Und die allermeisten sind unter dreißig. Viele sind noch Kinder. Meine Situation ist nicht einzigartig. Uns allen geht es so. Wir alle sind in Lebensgefahr und haben keine Perspektiven. Viele Leute, die ich kenne, greifen zu Drogen. Manchmal auch zu harten Drogen. Das ist dann eine richtige Sackgasse, aus der viele nicht mehr herauskommen. Wissen Sie, wenn mein großer Bruder nicht im Krieg getötet worden wäre, dann wäre ich überhaupt nicht nach Deutschland gekommen. Ich hätte die Schule besucht und könnte bei meiner Familie sein. Als er tot war haben die Taliban gesagt: „Sorry“, dann kamen die US-Amerikaner und sagten: „Sorry“. Wir wissen nicht einmal, wie er genau ums Leben kam und wer die Schuld trägt. Ich weiß nur, dass ich keine Schuld habe an dieser ganzen Situation. Seit ich mein Land verlassen habe, habe ich nichts getan, was anderen Menschen geschadet hat. Ich habe auch nichts Illegales gemacht. Aber immer wird uns das Gefühl gegeben, dass wir Schuld sind an unserer Situation.

### **Was haben Sie gemacht, als Sie vorgestern in Deutschland angekommen sind?**

Ich habe mich ordnungsgemäß hier gemeldet. Man hat ja gesehen, dass ich aus Griechenland komme, aber keiner hat mich gefragt, wie es mir ergangen ist. Ich bin sicher, dass es bekannt ist, dass Faschisten dort zurzeit Jagd auf Migranten machen. Von einem Menschen hätte ich erwartet, dass er wenigstens fragt, wie es einem denn geht. Aber nein: mein Pass wurde auf die Theke geworfen und gesagt, dass ich nach drei Monaten wieder abreisen muss. Das hat mich sehr verletzt. Schließlich bin ich ein Mensch.

### **Was erhoffen Sie sich von Ihrem Aufenthalt hier in Deutschland?**

Ich möchte gerne einmal vortragen können, wie es uns ergangen ist und wie es uns zurzeit ergeht. Ich will aufzeigen, dass wir keine Schuld tragen an dieser Situation und dass unser Leben in Gefahr ist. Ich erwarte von Deutschland, dass man uns hier aufnimmt und uns Schutz gewährt. Ich möchte arbeiten können, damit ich für meine Familie und für mich sorgen kann. Es ist für uns nicht möglich, in einem Land wie Griechenland zu leben. Ansonsten weiß ich nicht weiter.



Die Weiterreise aus Griechenland bleibt vielen verwehrt

### **Wer hat Schuld?**

Die deutsche Politik trägt die Verantwortung für die ausweglose Situation vieler Flüchtlinge. Sie setzte in der EU die Maßstäbe für die Militarisierung der Grenzen und hält hunderttausende Flüchtlinge in den Grenzstaaten fest durch die sogenannte Dublin-II-Verordnung. Ganz zu schweigen von der deutschen Kriegs- und Ausbeutungspolitik, die viele Menschen erst zur Flucht zwingt.

# „Wer das Geld hat, hat die Macht und wer die Macht hat, hat das Recht“

... sagte einmal Rio Reiser. Und behielt Recht.

Hast du nicht genug Einkommen, brauchst aber eine Rechtsvertretung, also einen Anwalt, kannst du dir zurzeit einen Beratungshilfeschein im Amtsgericht abholen. Mit diesem Schein gehst du zum Anwalt, der dann die Kosten für seine Arbeit dem Staat in Rechnung stellt. Das Ganze ist heute schon nicht so einfach, wie es sich anhört (siehe Kasten) Nun liegt ein Gesetzesentwurf vor, der es den Einkommensschwachen erschweren soll, einen Beratungshilfeschein in Anspruch zu nehmen.

Seit es Hartz IV gibt, nehmen immer mehr Menschen einen Beratungshilfeschein in Anspruch. Das liegt daran, dass es sehr viele Rechtsbrüche seitens der Behörden gibt. Woran kann man das erkennen? Daran, dass in mehr als 50 Prozent der Fälle den Betroffenen vor den Sozialgerichten Recht gegeben wird.

## Rechte der Armen sind den Regierenden zu teuer

Wer nicht genug Geld hat, soll auch kein Recht bekommen – egal ob er Recht hat oder nicht. Im neuen Gesetzesentwurf soll nun der Zugang zur Beratungshilfe erschwert werden. Hier nur ein Auszug aus den geplanten Änderungen: Erstens wird grundsätzlich unterstellt, dass Menschen mit geringem Einkommen ihr Recht auf Beratungshilfe missbrauchen würden. Ein neuer Zusatz im Gesetz sieht die Prüfung der Mutwilligkeit vor. (§1 BerHG-E Absatz 3) „Eine missbräuchliche Inanspruchnahme ist jedoch empirisch nicht belegt“, so die Stellungnahme des Caritas-Verbandes zu den geplanten Änderungen. Nun können wir uns aus der Praxis sehr gut vorstellen, wie diese Prüfung ablaufen wird: sie wird nichts anderes als Schikane und Druck auf die Betroffenen bedeuten. Teilweise wird das ja heute schon praktiziert: siehe Kasten!

Zweitens soll eine Änderung eingeführt werden, die die Vergabe eines Beratungshilfescheins von den Fähigkeiten und dem Ausmaß der Angelegenheit abhängig macht. (§ 2 (BerHG-E Abs. 1) Das heißt im Klartext, dass die Vergabestelle (also das Amtsgericht) einschätzen soll, ob der Betroffene in einer bestimmten Rechtsfrage sich selbst helfen kann oder

nicht. Wie diese Einschätzung ablaufen wird, können wir uns sehr gut ausmalen: „die Leute sollen sich doch selbst helfen und nicht dem Staat zur Last fallen.“ Das erleben wir auch heute schon.

Drittens soll es dem Antragsteller nicht mehr wie bisher möglich sein, nach Beginn einer Rechtsberatung einen Beratungshilfeschein in Anspruch zu nehmen (§ 6 BerHG-E). Diese Änderung wird die Inanspruchnahme eines Beratungshilfescheins für die Betroffenen erschweren. Sie können nicht wie gehabt, sich erst einmal mit einem Berater (Anwalt) in einer Sache besprechen und überlegen, ob es Sinn macht einen Rechtsstreit zu führen oder nicht. Vielmehr müssen sie ihr Anliegen dann ohne vorherige Beratung in der Vergabestelle vortragen. Viele wissen aber auch nicht, dass sie ein Recht auf Beratungshilfe haben. Das erfahren die meisten erst in der Beratung.

## Ein Gang zum Amtsgericht

Ich bin zum Amtsgericht und habe nach dem Beratungshilfeschein gefragt. Ich habe ihn auch schließlich bekommen. Das war aber nicht leicht. Die Sachbearbeiterin war sehr unfreundlich. Erst sagte sie zu mir, dass ich keinen brauche. Daraufhin sagte ich, dass ich im Verein Zusammen e.V. bin und mir in der Beratung gesagt wurde, dass ich ein Recht darauf habe. Es stand auch auf dem Papier, das mir vom Verein mitgegeben wurde. Es stand sogar darauf, um was es bei dem Rechtsstreit geht. Als die Frau dann sagte, dass sie mir nicht glaubt und dass sie denkt ich würde lügen, habe ich mich aufgeregt. Ich dachte mir, sie kennt mich doch überhaupt nicht, warum sagt sie das. Daraufhin habe ich zu ihr gesagt, dass ich nicht mit ihr diskutieren möchte, sondern einfach wissen will ob sie mir jetzt einen Beratungshilfeschein gibt oder nicht. Wenn nicht, möchte ich das schriftlich haben. Sie gab mir dann den Schein.

Hartz I-IV sind ein heftiger Angriff auf die sozialen Rechte der Lohnabhängigen. In der Umsetzung werden nicht einmal die wenigen Rechte der Menschen beachtet. Rechtsbrüche, wie falsche Bescheide und abgelehnte Anträge sind an der Tagesordnung. Viele Menschen haben sich seitdem über den Rechtsweg zur Wehr gesetzt. Das ist dem Staat offenbar ein Dorn im Auge. Der neue Gesetzesentwurf zielt darauf ab, die Gleichheit vor dem Gesetz abzuschaffen. Wer ökonomisch nicht stark genug ist, soll sich auch kein Recht leisten können.



# Woher kommt das Geld und wohin geht es?

Der neue Bundeshaushalt wurde verabschiedet

Bundesfinanzminister Schäuble sagte, Deutschland sei für viele Staaten ein Vorbild. Damit meinte er den neuen Haushalt der Bundesrepublik. Der Haushalt eines Staates hat große Bedeutung. Darin wird festgeschrieben, wie viel Geld für was ausgegeben wird. Doch zunächst stellt sich die Frage, wer für den Haushalt bezahlt. Der Haushalt der Bundesrepublik Deutschland wird zu mehr als 70 % von den Lohnabhängigen aufgebracht, die mit der Lohnsteuer und den Verbrauchssteuern (Mehrwertsteuer,...) zur Kasse gebeten werden. Konzerne und Reiche kommen glimpflich davon. (Siehe Schaubild)

Wofür wird nun dieses Geld der Lohnabhängigen ausgegeben? Was bräuchten die Lohnabhängigen? Gute Schulen, gute Krankenhäuser, mehr günstigen öffentlichen Nahverkehr und mehr sozialen Wohnungsbau, eine bessere Versorgung im Alter und bei Erwerbslosigkeit. Es ließe sich noch mehr auflisten. Geld wäre dafür eigentlich da – mehr als 290 Milliarden Euro wurden als Steuern eingenommen, dazu kommen 19 Mrd. € Schulden. Der Haushalt umfasst 309 Mrd. €. Da reden wir noch gar nicht davon, wie viel mehr es wäre, wenn die Konzerne und die Reichen ein bisschen mehr bezahlen müssten.

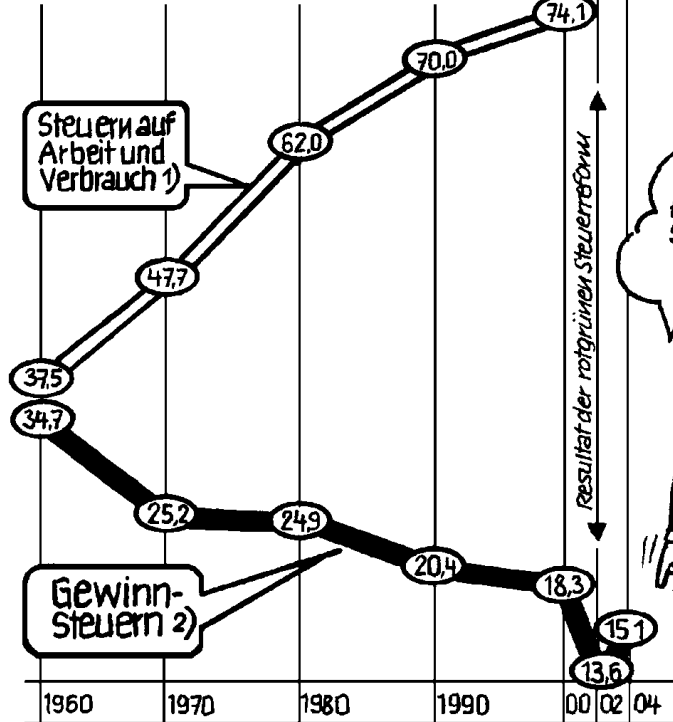
**Haushalt 2012:**  
 Welche Posten werden gegenüber dem Vorjahr gekürzt?  
 Gesundheit (-13,8 %)  
 Arbeit und Soziales (-5,9 %)  
 Verkehr (-0,8 %)

Welche Posten werden gegenüber dem Vorjahr aufgestockt?  
 Verteidigung/Rüstung (+ 4,4 %)  
 Innenministerium (+ 6,5 %)  
 Finanzministerium (8,5 %)

Während für sozialen Wohnungsbau gerade einmal 0,5 Mrd. € ausgegeben wurden, also nicht einmal 0,2 % des Haushalts, bekommt die Bundeswehr rund 33 Mrd. €, also mehr als 10 % des Haushalts. Teile des Budgets des Bildungsministeriums und anderer werden ebenfalls für Rüstungszwecke genutzt. Allein die Ausgaben für große Rüstungsprojekte belaufen sich pro Jahr auf rund 5 Milliarden €. Damit hätte man die gesamte von verdi geforderte Lohnerhöhung im öffentlichen Dienst bezahlen können. Und wie viele Kindergärten könnte man statt der Panzer bauen, oder Krankenhäuser, oder... Aber es ist ja kein Geld da...

## Verteilung der Steuerlast

Anteile am Gesamtsteueraufkommen in Prozent



An fehlende 100% Kfz, Grunderwerb-, Vers. Steuer u. a.

1) Lohnsteuer\*, Umsatz- u. Verbrauchsteuern (Strom-, Tabak-, Branntwein-, Koffeesteuer) Mineralölsteuern  
 2) Veranlagte Einkommensteuer\*, Körperschaftsteuer\*, Gewerbesteuer, Kapitalertragsteuer  
 \* einschl. Solidzuschlag

Quelle: BMW; Berechnungen WSI isw-grafik bb

# Termine



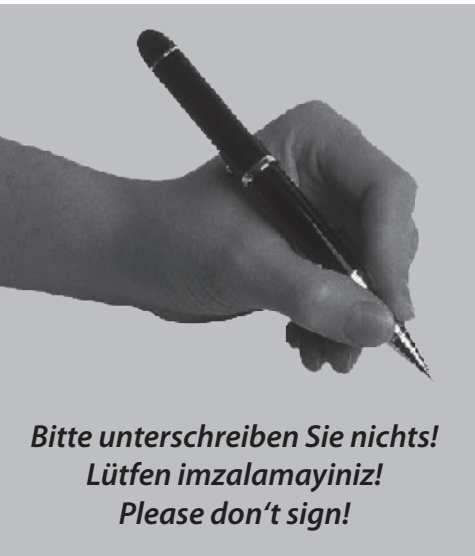
- Bundesweiter Aktionstag
- für Reichensteuern und
- gegen Sozialabbau:
- Samstag, 29.09.2012
- Frankfurt Hauptbahnhof
- 12:00
- [umfairteilen.de](http://umfairteilen.de)

**Offener Frauentreff**  
 Sonntag, 14.10.2012 um 13:00 Uhr  
 im Auguste-Oberwinter-Haus,  
 Burgfriedenstr. 7

Jede bringt was mit, Kinder sind willkommen.  
 Alle Kulturen, alle Altersgruppen.  
 Austausch, gemeinsame Unternehmungen.  
 Bringt Ideen mit.

# Achtung: Kürzung bei Unterschrift

Die Eingliederungsvereinbarung: Ein Instrument des Jobcenters zur Kürzung der Leistungen



**Bitte unterschreiben Sie nichts!  
Lütfen imzalamayiniz!  
Please don't sign!**

„Unterschreiben Sie hier, sonst können Sie leider keine Leistungen bekommen“. Diesen oder einen ähnlichen Satz bekommen viele Menschen zu hören, die Arbeitslosengeld II beantragen. Ihre Unterschrift sollen Sie unter eine sogenannte „Eingliederungsvereinbarung“ setzen. Das ist ein Vertrag, in dem die Pflichten des Jobcenters und die des Leistungsempfängers festgehalten sein sollen. Das läuft meistens schon zu Ungunsten des Antragstellers. Denn wäh-

rend dieser sich intensiv um Vollzeitarbeit kümmern soll, von der er leben können soll, verpflichtet sich das Jobcenter nur zur Vermittlung von Stellenangeboten. Wer diese schon einmal gesehen hat, weiß, dass eines nicht klappt: Davon leben zu können. Meist ist es Leiharbeit oder Teilzeitarbeit, meist schlecht bezahlt und befristet.

Die Eingliederungsvereinbarung hat tatsächlich einen anderen Zweck, als den, Arbeit zu vermitteln, von der man leben kann. Es geht um das, was in den Fußnoten steht, wie so oft bei Verträgen. Verstößt der Leistungsempfänger gegen die

Regelungen der Eingliederungsvereinbarung, können die Leistungen sofort um 30 % gekürzt werden. Wer also vergisst, sich Anfang des Monats zu melden oder bis Mitte des Monats eine bestimmte Anzahl von Bewerbungen vorzulegen, kriegt sofort eine Kürzung. Wenn man nun unterschrieben hat, wird es schwer gegen die Kürzung vorzugehen. Auch dann gibt es rechtliche Möglichkeiten, aber eben erschwerte.

Im Gegensatz zu den Aussagen vieler Sachbearbeiter muss man die Eingliederungsvereinbarung nicht unterschreiben. Bei Weigerung der Unterschrift dürfen die Leistungen nicht gekürzt werden. Niemand kann gezwungen werden, einen Vertrag zu unterschreiben. Das steht im BGB.

Also: Die Eingliederungsvereinbarung nicht unterschreiben, sondern damit zur nächsten Beratungsstelle oder zu einer Anwaltskanzlei gehen und sich beraten lassen. Wir empfehlen: Nicht unterschreiben, sondern die Eingliederungsvereinbarung vom Jobcenter als Verwaltungsakt anordnen lassen. Dann kann man Widerspruch einlegen.

Wenn man erstmal unterschrieben hat, hat man auch kein Widerspruchsrecht mehr. Und das kann ärgerliche Konsequenzen haben.



Der Main-Nidda-Bote ärgerte sich über ein Graffiti am Rödelheimer Bahnhof. Wir finden es erfreulich, dass in Rödelheim statt rassistischer Sprüche oder dissige Schmierereien etwas anderes zu lesen ist. Für alle, die es verstehen wollen: Antifa Genclik International heißt Antifa Jugend International. Mit modernen Medien läßt es sich mit einem Klick bei Google übersetzen.

**Rödelheim bleibt Nazifrei und bunt statt braun!**

Impressum, V.i.S.d.P:  
Zusammen e.V.  
Alt-Rödelheim 12, 60489 Frankfurt  
069-37300389, info@zusammen-ev.de  
www.zusammen-ev.de

Öffnungszeiten: Mo. - Fr. 13:00 - 18:00  
Beratungszeiten (nur für Mitglieder):  
Mittwoch 14:00 bis 16:00  
Donnerstag 16:00 bis 18:00  
Plenum: Jeden 3. Montag im Monat